Bezirksverordnetenversammlung
Steglitz-Zehlendorf von Berlin

N i e d e r s c h r i f t
14. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Naturschutz und Landschaftspflege

Sitzungstermin:	Dienstag, 25.03.2003
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	19:00 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus Zehlendorf, BVV-Saal

Herr Dreyer, Kurt-Eberhard	CDU
Frau Ehlgötz, Barbara	CDU
Herr Kopp, Norbert	CDU
Frau Martienßen, Marina	CDU
Frau Grund, Marie-Luise	SPD
Frau Köhne, Irene	SPD
Herr Müller, Norbert	SPD
Herr Ronnisch, Detlev	SPD
Frau Dr. Kottusch-Geiseler, Veronika	FDP
Frau Sunkel, Dagmar	FDP
Frau Pirch-Masloch, Claudia	GRÜNE
Herr Rellermeier, Helmut	CDU (BD)
Herr Scharnowski, Joachim	CDU (BD)
Herr Knüppel, Dietrich	CDU (St. BD)

Vom Amt:

BauDez Hr. Stäglin
Bau OL Hr. Reiser
Stapl 1 Fr. Lappe
Stapl 2 Hr. Noack
NG L Hr. Dannenberg
BVV 1 Dr. Konrad, Protokoll

Tagesordnung

TOP 1	Öffentliche Bürger-Frage-Viertelstunde
TOP 2	Hundeauslaufgebiete dazu Drs. Nr. 539/II und Drs. Nr. 633/II
TOP 3	Anträge
TOP 3.1	Nutzung des Geländes ehemaliges Headquarter Drucksache: 0359/II

TOP 3.2 Ausflugslokal 'Wannsee-Terrassen'
Drs. Nr.: 0446/II

TOP 3.3 Ergänzung des Grünzuges um Dreilindenstraße / Isoldestraße
Drs. Nr.: 0449/II

TOP 3.4 Ehemalige Autobahn als Mauerweg
Drs. Nr.: 0466/II

TOP 3.5 Lentzeallee und Flächennutzungsplanänderung
Drs. Nr.: 0567/II

TOP 3.6 Baumsanierung am Schlachtensee
Drucksache: 0573/II

TOP 3.7 Parkplatzkapazität Rathauspassagen
Drs. Nr.: 0581/II

TOP 3.8 Fuß- und Radweg
Drucksache: 0592/II

TOP 4 Bericht aus dem Bezirksamt

TOP 5 Verschiedenes

Protokoll:

zu 1 Öffentliche Bürger-Frage-Viertelstunde

Da die zahlreich erschienenen Bürger alle zum Tagesordnungspunkt 2 (Hundeauslaufgebiete) gekommen sind, zieht der Vorsitzende TOP 1 und TOP 2 zusammen. Er bittet die Bürger, ihr Anliegen durch einen Sprecher vorzutragen.

zu 2 Hundeauslaufgebiete
dazu Drs. Nr. 539/II und Drs. Nr. 633/II

Der Ausschussvorsitzende begrüßt als Gäste zu diesem Tagesordnungspunkt den Generaldirektor der Stiftung Preuß. Schlösser und Gärten, Prof. Dorgerloh, sowie vom Landesforstamt Berlin Herrn Franusch und von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Ref I E) Herrn Muhs.

Prof. Dorgerloh erklärt, in seiner Eigenschaft als Generaldirektor der Stiftung Preuß. Schlösser und Gärten sei er als Eigentümer, als Vermieter sowie als Betreiber einer Kultureinrichtung für das Jagschloss Grunewald verantwortlich. Angesichts der großen Zahl von Hundebesitzern, die mit ihren Tieren am Grunewaldsee spazieren gehen, seien im Jagdschloss einige für Hundefreunde interessante Ausstellungen durchgeführt worden; andererseits habe er allerdings auch den Eindruck gewonnen, dass es immer wieder vorkommt, dass sich Spaziergänger ohne Hund von den zahlreichen frei herum laufenden Hunden gestört fühlen. Das Jagdschloss sei ein öffentlicher Raum; daher müsse es sein Anliegen sein, dass es zu einem Ausgleich zwischen Besuchern mit und ohne Hund kommt.

Im Namen der erschienenen Besucher erklärt der Bürger Herr R., das seit 70 Jahren bestehende Hundeauslaufgebiet stelle nur 10 Prozent der gesamten Waldfläche dar und werde gemeinsam mit anderen Einrichtungen (Vereine, Rotwildeinrichtungen usw.) konfliktfrei genutzt. Einer sehr kleinen Zahl von Personen, die sich über die Hunde beschweren, stehe eine sehr große Zahl von Men-

schen gegenüber, die sich durch die Hunde nicht gestört fühlen oder sich an ihnen erfreuen. Der Wald werde nicht durch die Hunde, sondern höchsten durch die Förster mit ihren großen Maschinen zerstört. Vorwürfe seien vor allem dem Senat zu machen. Er habe es nicht nur versäumt, die Hundeauslaufgebiete zu kennzeichnen, sondern habe in der jetzigen miserablen Situation, in der sich die Stadt befindet, nicht besseres zu tun, als die Hundebesitzer zu schikanieren.

Die CDU-Fraktion erklärt, es existieren keine Konflikte zwischen Hundebesitzern und Nicht-Hundebesitzern. Eine Veränderung der Hundeauslaufgebiete sei daher nicht notwendig, sondern nur eine bessere Ausschilderung. Außerdem seien weitere Hundauslaufgebiete in Berlin und Brandenburg zu schaffen. Entsprechend sei auch der von ihr vorgelegte Änderungsantrag zur Drs. Nr. 531/II formuliert.

Die FDP-Fraktion weist darauf hin, dass das fragliche Grunewaldgebiet von den verschiedensten Gruppen genutzt wird und erklärt, es dürfe nicht darum gehen, hier Interessensgruppen gegeneinander auszuspielen, sondern es müsse vor allem erkennbar sein, was in den einzelnen Gebieten erlaubt ist. An zahlreichen Stellen sei eine verwirrende Ausschilderung zu verzeichnen, da gleichzeitig darauf hingewiesen wird, dass es sich dort um ein Hundeauslaufgebiet und um eine geschützte Grünanlage handelt. Trotz entsprechender Forderungen, die die FDP-Fraktion in den letzten zehn Jahren immer wieder gestellt hätte, sei von Seiten des Amtes nichts passiert. Im übrigen sollten die Hundeauslaufgebiete an ihrer jetzigen Stelle erhalten bleiben.

Die SPD-Fraktion erklärt, auch sie wolle das jetzige Hundeauslaufgebiet erhalten und lehne das vom Senat vorgesehene neue ab. Sie kritisiert ebenfalls die unzureichende Beschilderung sowie die Sperrung einiger Waldwege durch die Forstverwaltung, die geradezu zu einer Kanalisierung der Hundebesitzer auf andere Waldwege geführt hätte. Alle Nutzer des Waldes müssten sich dort gleichberechtigt aufhalten können. Allerdings könne das sehr stark von Spaziergängern frequentierte Ufer des Schlachtensees und der Krummen Lanke kein Hundeauslaufgebiet sein; angeleint dürften Hunde dort selbstverständlich geführt werden. Sie regt die Schaffung eines Hundewanderweges durch Berlin an.

Die Fraktion GRÜNE erklärt, das von Seiten des Senats vorgeschlagene neue Hundeauslaufgebiet sei nicht akzeptabel; das alte Gebiet solle erhalten bleiben. Sie verweist ebenfalls auf den Interessenskonflikt von Hundebesitzern und anderen Nutzern des Waldes auf den Wegen am Schlachtensee und der Krummen Lanke.

Der Bürger Dr. B. regt an, dass Vertreter aller Gruppen eine gemeinsame Begehung des Gebietes machen sollten, um die einzelnen Interessen anzuhören und abzuwägen und zu einem gemeinsamen Vorschlag zu gelangen. Er bittet das Amt um eine entsprechende Initiative.

BzStR Stäglin erklärt, er halte diesen Vorschlag für sinnvoll, wolle ihn aber erst aufgreifen, nachdem sich die BVV positioniert hat. Er weist darauf hin, dass nicht vergessen werden sollte, dass das Gebiet vor allem zunächst Wald (und kein Hundeauslaufgebiet) und entsprechend zu behandeln sei; d.h., Hunde dürfen auch im Auslaufgebiet nicht alles.

Bei einer Abstimmung wird die Drs. Nr. 539/II in der von der CDU- und der FDP-Fraktion vorgelegten neuen Fassung mit 8 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen bei 1 Einhaltung angenommen.

In der Drs.Nr. 633/II wird von der SPD-Fraktion das Wort „weiträumig“ gestrichen. Bei einer Abstimmung wird der Antrag in der geänderten Fassung mit 5 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen abgelehnt.

zu 3 Anträge

zu 3.1 Nutzung des Geländes ehemaliges Headquarter
Drucksache: 0359/II

Zur Drucksache Nr. 359/II liegt ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion vor. Nach einer Erörterung, in der die Nutzung des Geländes des ehemaligen US-Hauptquartiers durch die FU sowie die vorherige Erstellung eines Altlasten-Gutachtens auf allgemeine Zustimmung stößt, wird über den Änderungsantrag abgestimmt. Der Änderungsantrag wird einstimmig angenommen.

zu 3.2 Ausflugslokal 'Wannsee-Terrassen'
Drs. Nr.: 0446/II

Nach der Mitteilung von BzStR Stäglin, dass der Liegenschaftsfonds derzeit Verhandlungen mit einem Investor führt, der eine gastronomische Nutzung auf dem Gelände der Wannsee-Terrassen plant, zieht die CDU-Fraktion den Antrag zurück.

zu 3.3 Ergänzung des Grünzuges um Dreilindenstraße / Isoldestraße
Drs. Nr.: 0449/II

NGA 1 Hr. Dannenberg erklärt, die Gebiete des Düppeler Forstes und des Nikolassees seien bereits jetzt auf attraktive Weise durch den von Bäumen bestandenen Grünzug Dreilindenstraße / Isoldestraße verbunden. Darüber hinaus gebe es noch einen Trampelpfad, der sich allerdings im Fachvermögen der Berliner Forsten befinde, die auf Nachfrage erklärt hätten, sie hätten kein Interesse an einem Ausbau.
Der Antrag wird vertagt.

zu 3.4 Ehemalige Autobahn als Mauerweg
Drs. Nr.: 0466/II

Der Antrag wird vertagt.

zu 3.5 Lentzeallee und Flächennutzungsplanänderung
Drs. Nr.: 0567/II

BzStR Stäglin erklärt, das Bezirksamt habe – entsprechend der Intention des Antrags – bereits eine Stellungnahme abgegeben und die Alternative B abgelehnt. Alle Fraktionen sind sich einig, dass der Antrag dennoch notwendig sei, um die Haltung des Bezirks gegenüber der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung deutlich zu machen. Im ersten Satz des Antragstextes wird das Wort ‘weiterhin‘ eingefügt: „Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich weiterhin bei der... .“ Die Fraktionen von SPD, FDP und GRÜNE treten dem geänderten Antrag bei. Bei einer Abstimmung wird der Antrag in der neuen Fassung einstimmig angenommen.

zu 3.6 Baumsanierung am Schlachtensee
Drucksache: 0573/II

Nach einer Erörterung erklärt die Fraktion GRÜNE, dass sie den Antrag umformulieren will. Der Antrag wird vertagt.

zu 3.7 Parkplatzkapazität Rathauspassagen
Drs. Nr.: 0581/II

BzStR Stäglin erklärt, nunmehr sei der 14.04.2003 als Termin für die Offenlegung vorgesehen. Die Zahl der Stellplätze sei von geplanten 640 auf ca. 620 reduziert worden. Hinsichtlich weiterer Aspekte, z.B. der Fassadengestaltung, laufen Gespräche. Eine Halbierung der Stellplätze sei nicht möglich. Zum einen wären dann viele Verhandlungen umsonst geführt worden; zum anderen könne angesichts der möglichen Asbestsanierung des Kreisels nicht auf dessen freie Stellplätze verwiesen werden, und letztlich sei bekannt, dass viele motorisierte Kunden, die in Steglitz keine Stellplätze vorfinden, durchaus willens wären, bis zu den Einkaufszentren in Potsdam weiterzufahren.

Die FDP-Fraktion erklärt, im Verhältnis zur Verkaufsfläche und zur Verkehrssituation in der Schloßstraße seien 640 Stellplätze am Eingang dieser Einkaufsstraße durchaus notwendig. Die CDU-Fraktion erklärt, sie habe hinsichtlich der Zahl von 640 Stellplätzen keine Bedenken. Die SPD-Fraktion erkundigt sich, ob das geplante 3. Tiefgeschoss mit einer Grundwasserabsenkung verbunden wäre; dies wird von der Fraktion GRÜNE bejaht. Stapl 1 Fr. Lappe teilt hierzu mit, der inzwischen vervollständigte Umweltbericht gehe nicht davon aus; allerdings müssten die Bäume im benachbarten Park vom Investor künstlich bewässert werden, um den Bestand nicht zu gefährden. Die Fraktion der CDU erklärt, wichtig sei, dass dem Investor von Seiten des Bezirks ein Signal zum Bauvorhaben gegeben wird.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 1 Ja-Stimme und 9 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

zu 3.8 Fuß- und Radweg
Drucksache: 0592/II

Die Fraktion der CDU erkundigt sich, ob einem künftigen Investor für das Grundstück des OHH die Auflage gemacht werden könnte, für eine Durchwegung zu sorgen. BzStR Stäglin erklärt, da das Interessenbekundungsverfahren noch am Anfang steht, könnte das Bezirksamt eine entsprechende Forderung aufnehmen, wenn es von der BVV darum gebeten wird. Allerdings wisse man nicht, wie erfolgreich der Liegenschaftsfonds bei der Veräußerung des Geländes sein wird.

NGL L Hr. Dannenberg erklärt, das Bezirksamt habe sich schon immer dafür eingesetzt, dass die Lücke auf dem ehemaligen OHH-Gelände geschlossen wird, um ein durchgängiges attraktives Wegenetz zu schaffen. Bei einer Schaffung des Weges müsste dieser vom Investor sowohl hergestellt wie auch eingezäunt werden.

Die Fraktion der CDU bittet das Amt zur nächsten Ausschusssitzung um eine grobe Kostenschätzung. BzStR Stäglin erklärt, man könne gegenüber dem Investor die Möglichkeit einer Public-Private-Partnership ansprechen.

Der Antrag wird von der Fraktion der SDP wie folgt umformuliert: „Dem Bezirksamt wird empfohlen zu prüfen, wie der alte Weg .... zugänglich gemacht werden kann."

Der einer Abstimmung wird der Antrag in der geänderten Fassung bei keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung einstimmig angenommen.

zu 4 Bericht aus dem Bezirksamt

BzStR Stäglin berichtet über

1. das inzwischen verkaufte Grundstück Ostpreußendamm 60, auf dem ein Wohn- und Geschäftshaus entstehen soll und für das ein erster Vorbescheidantrag positiv beschieden wurde. Er sagt weitere Informationen zu, sobald ein Bauantrag vorliegt.

2. einen Antrag für das Grundstück Hüttenweg 50 (ehemalige amerikanische Tankstelle und Garage), der vorsieht Teile des Gebäudes (Tankstelle) abzureißen und andere für einen Verbrauchermarkt wiederherzustellen. Ein Teilgrundstück solle wiederaufgeforstet werden. Ursprünglich sei ein Komplettabriss und eine Wiederaufforstung durch die Berliner Forsten vorgesehen gewesen; diese hätten jedoch mitgeteilt, dass für diese Maßnahmen keine Mittel vorhanden sind. Daher werde nunmehr ein Teilabriss und der Bau eines Verbrauchermarktes angestrebt.

3. den Neubau eines Aldi-Marktes in der Wannseer Königsstraße 57/59. Eine Besonderheit sei, dass hier bei einem Aldi-Markt neben den 10 oberirdischen auch 52 unterirdische Stellplätze errichtet werden sollen, die bereits beantragt und genehmigt wurden.

4. das Ergebnis des Interessenbekundungsverfahrens für Investoren für das Grundstück Stadtbad Clayallee, für das acht Arbeiten vorgelegt wurden.
   Stapl 1 Fr. Lappe berichtet, um das Einkaufszentrum Teltower Damm nicht zu gefährden, habe man diejenigen Arbeiten, die hier überwiegend Einkaufsflächen vorsahen, nicht berücksichtigt. Stattdessen habe man sich für eine Arbeit entschieden, die bei einer nachrangigen Einordnung von Einkaufsmöglichkeiten vor allem Wellness/Gesundheit und Schwimmen als Angebot vorsieht. Fr. Lappe stellt dem Ausschuss den Entwurf vor.
   Auf Nachfrage der SPD-Fraktion erklärt Frau Lappe, es sei eine Tiefgarage mit 389 Stellplätzen geplant. Die Fraktion der CDU erkundigt sich nach der Realisierbarkeit des Konzepts. BzStR Stäglin erklärt, da dem Auswahlausschuss auch ein Vertreter des Liegenschaftsfonds angehört habe, der seit dem 01.01.2003 Eigentümer des Grundstücks ist, sei damit zu rechnen. Das B-Planverfahren könnte vorbereitet werden. Es sei erfreulich, dass hier auch künftig gebadet werden kann. Auf Nachfrage der SPD-Fraktion erklärt BzStR Stäglin, dass im vorgelegten Entwurf eine Reihe energiesparender Maßnahmen vorgesehen sind.
   Der Ausschuss erörtert, welche ästhetische Anmutung die Realisierung des Entwurfs für diesen Teil der Clayallee hätte. Die FDP-Fraktion erklärt, die Schwimmhalle sehe aus wie eine Konzertmuschel im Kurpark und würde nicht mit der benachbarten Architektur harmonieren, die auf der gleichen Straßenseite allerdings auch nicht sonderlich attraktiv sei. Die CDU-Fraktion sieht in dem geplanten Gebäudekomplex einen Kontrastpunkt zu dem benachbarten Hochhaus. Eine Realisierung würde zur Aufwertung dieses Teils der Clayallee beitragen. Die SPD-Fraktion erklärt, es sei ein gelungener Entwurf, der die Nachbarn motivieren könnte, ihre Gebäude ebenfalls zu verschönern. BzStR Stäglin erklärt, der Entwurf habe eine gewisse Einzigartigkeit, und seine Realisierung würde für das Zentrum von Zehlendorf einen Gewinn bedeuten. Daher hoffe er, dass er umgesetzt werden kann.

5. BzStR Stäglin bittet, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses über das derzeit erarbeitete Gestaltungsregelwerk für die Schloßstraße berichten zu dürfen.

zu 5 Verschiedenes

1. Auf Nachfrage der SPD-Fraktion zum Stand der geplanten Hotelneubauten am Teltower Damm und am Asternplatz erklärt BzStR Stäglin, es habe hier keine Entwicklung gegeben.

2. Auf Bitten der CDU-Fraktion sagt BzStR Stäglin zu, in der nächsten Sitzung des Ausschusses über den Grünzug im Schweizer Viertel zu berichten.

Berlin Steglitz-Zehlendorf, den 09.04.2003

Dreyer	Martienßen
Vorsitzender	Schriftführerin